Stadt Meerbusch

Der Bürgermeister
Straßen und Kanäle
5/66.

Meerbusch, 16.11.2005

An die
Damen und Herren
des Bau- und Umweltausschusses

Beratungsvorlage

zu TOP I.5. der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 6.12.2005

Betr.: Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen zu beschliessen.

Begründung:

Am 11. Mai 2005 ist das neue Landeswassergesetz NRW in Kraft getreten. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat aus diesem Grund im August diesen Jahres ein neues Muster einer Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen erarbeitet. Das Muster ist mit dem Innenministerium und dem Umweltministerium NRW sowie der Abwasserberatung NRW abgestimmt. Die Mustersatzung ist an die individuellen Gegebenheiten der Gemeinden und Städte anzupassen.

Der verwaltungsseitige Entwurf lehnt sich daher sehr stark an die Mustersatzung an. Die Änderungen gegenüber der Mustersatzung sind unterstrichen in kursiver Schrift kenntlich gemacht.

Durch das neue Landeswassergesetz ergeben sich zwangsläufig einige formelle Änderungen durch neue Verweise auf Paragraphen des Wassergesetzes.

Inhaltliche Änderungen gegenüber der früheren Satzung bestehen in der durch das neue Landeswassergesetz entstandenen Pflicht der Stadt zur Überwachung der Kleinkläranlagen und abflußlosen Gruben. Die Überwachungspflicht bezieht sich nicht mehr allein auf die ordnungsgemäße Entsorgung der Anlagen, sondern auch auf die Wartung und den baulichen Zustand der Anlagen.

Die erforderlichen Entleerungsintervalle sind konkreter gefaßt worden. Die Entsorgung der Anlagen erfolgt wie bisher durch einen von der Stadt beauftragten Unternehmer im Jahresvertrag. Die Terminabsprache zur Entleerung erfolgt wie bisher zwischen dem Anlagenbetreiber und dem Unternehmer. Die Entsorgung und Behandlung der Anlageninhalte erfolgt weiter auf der Kläranlage Düsseldorf-Süd. Die Kosten für Abfuhr und Behandlung werden von der Stadt bezahlt und gehen in die Berechnung der Entwässerungsgebühren ein.

Die landwirtschaftlichen Betriebe mit Viehhaltung haben das häusliche und tierische Abwasser (Gülle) zu trennen. Das häusliche Abwasser ist über die Stadt zu entsorgen und darf nicht mehr auf landwirtschaftliche Flächen aufgebracht werden.

Bei den Benutzungsgebühren wird auf die Entwässerungsgebührensatzung verwiesen. Sowohl die angeschlossenen wie die nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Grundstücke entrichten ihre Gebühr entsprechend dem jeweiligen Trinkwasserverbrauch.

Die Anregungen von Service Recht wurden bei Satzungsüberarbeitung berücksichtigt.

Lösung:

Siehe Beschlussvorschlag

Kosten / Deckung:

Veröffentlichungskosten

Personalaufwand:

Veröffentlichung der Satzung

Sprecher im Rat der Stadt:.....

In Vertretung

Nowack
Erster Beigeordneter

Anlagen

- Synopse von bisheriger Satzung, Entwurf neue Satzung, Mustersatzung (Anlage 1)
- Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Anlage 2)